

Windforum extra

Preistreiber Ökostrom? Von wegen!

Es ist wieder so weit: Auch 2014 wird es für manchen Stromkunden teurer. Und wer ist schuld daran? Glaubt man Teilen der Medien, so sind es mal wieder die erneuerbaren Energien. Vom »Strompreis-Hammer« war da die Rede, und die deutsche Wirtschaft »stöhnte« schon prophylaktisch vor dem Preisanstieg. Was aber sagen die Fakten dazu? Lassen wir sie sprechen

Hat Strom eigentlich den größten Anteil an unseren Energiekosten?

Nein, da sind sich alle Experten einig. »Ein kurzer Blick auf die Energierechnung zeigt schnell, dass die anhaltende Diskussion um die Strompreise am Kern des Problems vorbeigeht«, sagt Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE). Bei einem typischen Drei-Personen-Haushalt macht die Stromrechnung etwa 23 Prozent der Energiekosten aus. Knapp 42 Prozent entfallen auf Benzin. Heizöl schlägt mit 35 Prozent zu Buche. Denn trotz der zuletzt leicht gesunkenen Preise für Öl und Gas bleiben fossile Brennstoffe nach wie vor der Kostentreiber Nummer eins auf der Energierechnung. Vor allem Haushalte, die mit Öl heizen, bekommen das zu spüren: Im Vergleich zum Jahr 2000 zahlten sie Ende 2013 bereits mehr als das Doppelte für eine warme Wohnung. Und die weltweit steigende Nachfrage nach den endlichen Ressourcen wird die Preise auch in Zukunft ankurbeln.

➔ Zwar steht der steigende Strompreis seit mehr als zwei Jahren im medialen Fokus. Er macht aber tatsächlich nur 23 Prozent unserer Energiekosten aus. Heizöl und Benzin sind die größeren Kostentreiber.

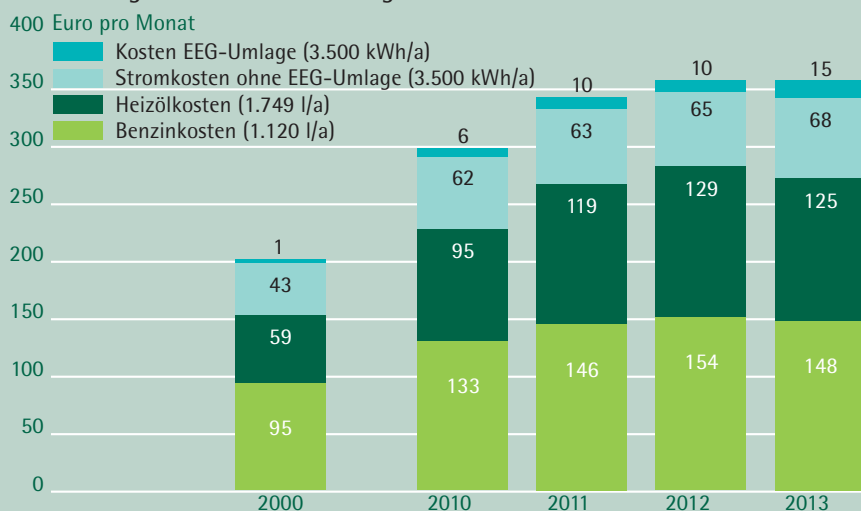
Verteuern erneuerbare Energien den Strompreis?

Nur auf kurze Sicht. Und das aus gutem Grund: Damit unsere Stromversorgung klimafreundlicher wird und langfristig bezahlbar bleibt, müssen wir in einen neuen Kraftwerkspark investieren, etwa in Windräder oder Photovoltaikanla-



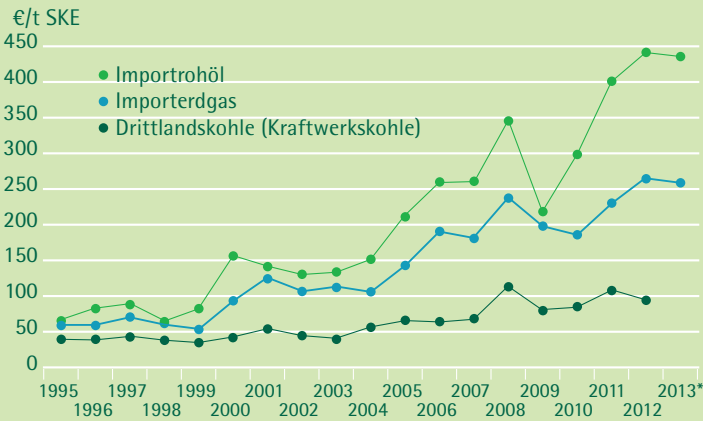
Unter den erneuerbaren Energien ist Windkraft an Land die kostengünstigste

Entwicklung der monatlichen Energiekosten eines Drei-Personen-Musterhaushalts



➔ Seit dem Jahr 2000 mussten Privathaushalte die größten Kostensteigerungen für Heizöl hinnehmen. Die Stromrechnung macht knapp ein Viertel der Energiekosten aus

Entwicklung ausgewählter Energiepreise
Jahresdurchschnitte in €/t SKE



Quellen: BAFA, Kohlenstatistik e.V.

*Importrohöl und Importerdgas bis einschl. 02/2013, Drittlandskohle bis einschließl. 12/2012



Foto: EEK, © Christoph Bause

Für Gas und Öl sind die Energiepreise in den vergangenen Jahren teils drastisch gestiegen. Wind und Sonne gibt es dagegen kostenlos

Weil erneuerbare Energien ohne Brennstoffkosten auskommen, senken sie den Handelspreis für Strom an der Börse schon heute

gen. An diesen Investitionskosten wird der Verbraucher über seine Stromrechnung beteiligt. Die genaue Höhe des Beitrags ist dort auch ausgewiesen – als Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz: EEG-Umlage.

Für die teils drastischen Preissteigerungen der letzten Jahre ist der Ausbau des Ökostroms aber nur zu einem geringen Teil verantwortlich. Das zeigt ein Blick auf die Zahlen: Seitdem die EEG-Umlage im Jahr 2000 eingeführt wurde, ist der Strompreis im Schnitt um 15 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Die Umlage selbst lag Ende 2013 aber nur bei 5,27 Cent. Der Großteil der Preiserhöhungen fand also unbeeinflusst von Wind- und Sonnenstrom statt. Er steckt in Steuern und Abgaben sowie in den Beschaffungskosten, die die Energieversorger für Erzeugung und Einkauf, Transport und Vertrieb von Strom berechnen.

➔ Die Umlage für regenerative Energien macht nur einen kleinen Teil unseres Strompreises aus. Ende 2013 belief sie sich auf 5,27 Cent bei einem Haushaltspreis von knapp 29 Cent pro Kilowattstunde. Die Steigerungen der letzten Jahre stecken überwiegend in anderen Bestandteilen. An der Strombörse in Leipzig senken Wind und Sonne den Handelspreis sogar schon.

Wenn die Erneuerbaren den Preis an der Börse senken, warum zahlt der Verbraucher dann mehr?

Das liegt an der Art und Weise, wie Ökostrom gefördert wird. Die EEG-Umlage hat nämlich einen Konstruktionsfehler: Sie nimmt zwar den Stromverbraucher in die Pflicht, nicht aber den Stromanbieter. Und das geht so: Um den Ausbau klimafreundlicher Energien anzukurbeln, garantiert der Staat den Produzenten von Ökostrom einen Festpreis für jede erzeugte Kilowattstunde. Dieser Festpreis ist höher als der Verkaufserlös an der Strombörse. Die Differenz zwischen Fest- und Handelspreis begleicht der Verbraucher über die EEG-Umlage.

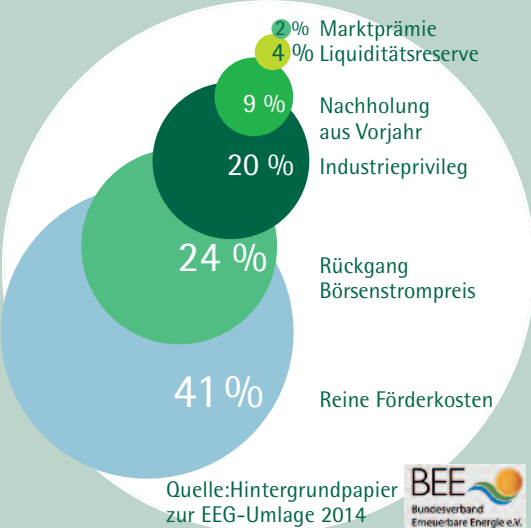
Das Problem ist nur: Je mehr Ökostrom wir haben, desto weiter sinkt der Handelspreis an der Börse. Denn Windkraft und Photovoltaik produzieren Strom viel günstiger als ein fossiles Kraftwerk: Sie kommen ohne Brennstoffkosten aus und verdrängen dadurch die besonders teuren Kraftwerke vom Markt. Eigentlich eine gute Sache, nur leider mit paradoxen Folgen für den Verbraucher: Für ihn steigt die EEG-Umlage, weil sich der Handelspreis immer weiter vom Festpreis für Ökostrom entfernt. Für viele Energieversorger wird es dagegen billiger: Sie können ihren Strom direkt an der Börse kaufen.

➔ Die Vergütung von Ökostrom ist höher als der Handelsstrompreis an der Börse. Bei den Energieversorgern führt das zu sinkenden Beschaffungskosten, während die EEG-Umlage für Verbraucher steigt.

Sind die Stromanbieter denn nicht verpflichtet, ihre Einkaufersparnis an die Verbraucher weiterzugeben?

Leider nein. Zwar hat die Politik mit dem Energiewirtschaftsgesetz die rechtliche Grundlage für eine solche Verpflichtung, doch hat sie davon bisher keinen Gebrauch gemacht. Allerdings muss der Verbraucher ja auch nicht jede Preiserhöhung hinnehmen. Schließlich kann er zu einem Stromversorger wechseln, der die günstigen Einkaufskonditionen an seine Kunden weitergibt. Bislang haben aber nur 17 Prozent der deutschen Haushalte von diesem Recht Gebrauch gemacht. Rund 40 Prozent befinden sich nach Angaben der Bundesnetzagentur noch immer in der örtlichen Grundversorgung, dem teuersten Tarif. »Nur ein Anbieterwechsel setzt die Versorger unter Druck«, rät Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Denn der sinkende Börsenstrompreis ist mittlerweile der größte Kostentreiber innerhalb der EEG-Umlage.

Zusammensetzung der EEG-Umlage 2014



©Werner Schüring
©Shutterstock



Nur 41 Prozent der EEG-Umlage entfallen 2014 auf den Ausbau der Erneuerbaren

In dem Buch »Kampf um Strom« klärt Claudia Kemfert (DIW) über die Energiewende auf

Die Kosten für die Lagerung von Atommüll fallen aus heutiger Sicht für »Ewigkeiten« an

➔ Mit einem Wechsel des Energieversorgers lassen sich die Stromkosten oft erheblich senken. Verbraucher sollten deshalb die Tarife vergleichen, denn 2014 geben die ersten Anbieter sinkende Beschaffungskosten an ihre Kunden weiter.

➔ Gerade mal 41 Prozent der EEG-Umlage 2014 sind reine Förderkosten für Ökostrom. Schon das Einrechnen des strompreissenkenden Börseneffekts würde die Umlage deutlich senken.

➔ Befreiungen machen Sinn, wenn die begünstigten Unternehmen auch zu Effizienz verpflichtet sind. Außerdem ist die Anzahl der Privilegierten kritisch zu prüfen. Schließlich hat Deutschland 2012 im Außenhandel den zweithöchsten Überschuss seit 1950 erzielt. Da wäre es angebracht, den Verbraucher anstelle der Exportindustrie zu entlasten.

Dann gibt die EEG-Umlage die Kosten des Ökostrom-Ausbaus also gar nicht 1:1 wieder?

Genau. Für 2014 hat der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) einmal nachgerechnet. Am 1. Januar ist die EEG-Umlage nämlich bereits auf 6,24 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Doch gerade mal 2,54 Cent davon fließen tatsächlich in den Ausbau von Wind- und Sonnenstrom – das ist weniger als die Hälfte des Gesamtbetrags. Ein knappes Viertel der Umlage wird allein aufgrund der sinkenden Börsenstrompreise fällig. Weitere 20 Prozent zahlt der Verbraucher anstelle der begünstigten Industrie.

»Die EEG-Umlage ist also schon lange kein Preisschild mehr für den Ausbau der erneuerbaren Energien«, kommentiert Hermann Falk, Geschäftsführer des BEE, das ernüchternde Ergebnis.

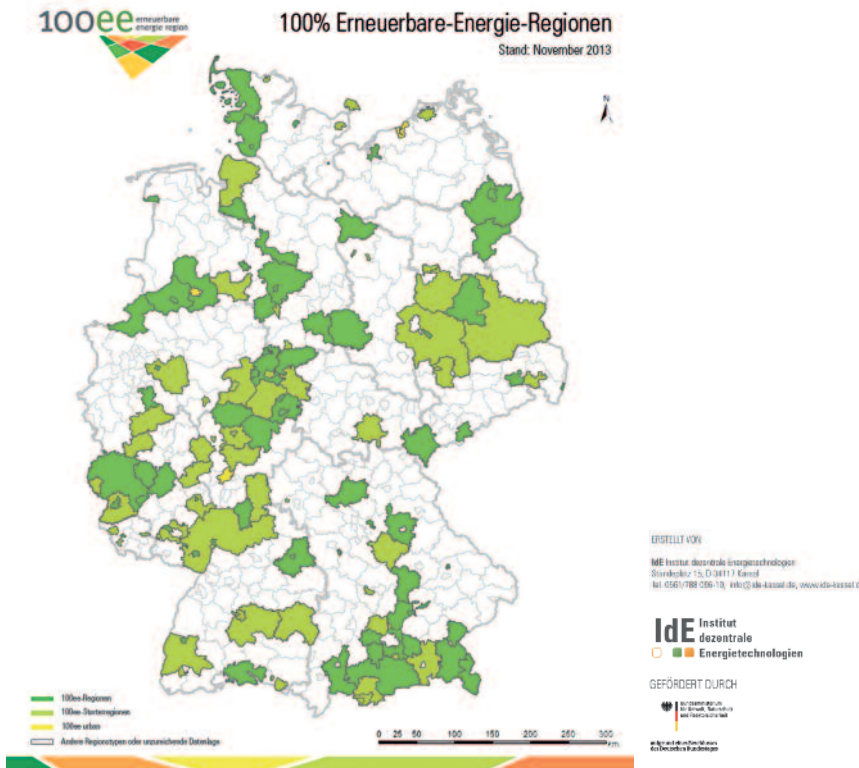
Macht es Sinn, die Industrie von der Umlage zu befreien?

Ja, wenn ein Betrieb tatsächlich im internationalen Wettbewerb steht und seine Energie auch effizient nutzt. Doch das ist nicht immer der Fall, und der Kreis der Nutznießer wurde in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Waren 2006 noch 282 Großunternehmen weitgehend von der EEG-Umlage befreit, so stieg die Zahl bis 2013 auf 1.691. In diesem Jahr könnten es nach Angaben des BEE bis zu 2.300 Betriebe sein. Dadurch werden die Kosten der Energiewende auf immer weniger Schultern verteilt.

Für Professor Claudia Kemfert, Energieökonomin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), führt das zu einer überproportionalen Belastung von Privathaushalten und Kleinunternehmen. Einige Betriebe fingen an, immer mehr statt weniger Energie zu verbrauchen, um in den Genuss der Ausnahmeregelung zu kommen. »Dabei sollte das Energiesparen gefördert werden.«

Kommen konventionelle Energien ohne Förderung aus?

Nein, auch Kohle- und Atomstrom werden gefördert. Nur passiert das nicht transparent über die Stromrechnung, sondern versteckt über unsere Steuern. Vor allem die gesellschaftlichen Folgekosten der fossil-atomaren Energieerzeugung fallen ins Gewicht: Luftverschmutzung, Schäden durch den Klimawandel oder die Endlagerung des Atommülls sind nur drei Beispiele, für die der Steuerzahler haftet, nicht der Verursacher. Allein 2012 summierten sich diese Kosten bei Atomkraft, Erdgas, Braun- und Steinkohle zusammen auf rund 40 Milliarden Euro. Das hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) errechnet. Für erneuerbare Energien zahlte der Verbraucher im gleichen Jahr rund 17 Milliarden über die EEG-



Immer mehr Regionen setzen sich die regenerative Vollversorgung zum Ziel. Ende 2013 gab es bereits 140 solcher Vorreiter



Anziehungspunkt, etwa für Besucher aus dem Ausland: die Klimakommune Saerbeck in NRW

Umlage – das ist weniger als die Hälfte. Wer sich einen Strommarkt ohne Wettbewerbsverzerrungen wünscht, sollte diese Zahlen kennen und sie auch beide in seiner Kalkulation berücksichtigen. Eigentlich ein Gebot der Fairness.

→ Die Förderung konventioneller Energien wird zu großen Teilen aus dem Staatshaushalt finanziert. Das heißt, der Steuerzahler kommt für die Beträge auf. Legte man die Förderung nach EEG-Methode auf die Stromverbraucher um, ergäbe das eine Konventionelle-Energie-Umlage in Höhe von 10,2 Cent pro Kilowattstunde.

Wäre unser Strom ohne Wind und Sonne billiger?

Nicht, wenn man alle Kosten der konventionellen Energien auf die Stromkunden umlegte. Dann läge der Preis für fossil-atomaren Strom schon heute um ein Drittel höher – und die Erneuerbaren wären nahezu wettbewerbsfähig. Denn nicht der Ökostrom ist zu teuer, sondern der Preis für konventionellen Strom steht nicht vollständig auf unserer Rechnung. Noch dazu fallen viele seiner Folgekosten für die Ewigkeit an. Sei es das Pumpen des Grubenwassers in

alten Kohle-Bergwerken oder das »Endlagern« des radioaktiven Atommülls. Das EEG dagegen ist ein befristetes Instrument. Es führt die Erneuerbaren an den Markt heran, indem es ihre Festpreise beständig absenkt. Schließlich wird die Technik neuer Ökostromanlagen immer leistungsfähiger. Nach einer Studie des FÖS summiert sich ihr Kostenvorteil gegenüber konventionellen Kraftwerken 2030 bereits auf 54 Milliarden Euro. Die Kilowattstunde Ökostrom kostet dann im Schnitt 3,1 Cent weniger als die aus fossilen Quellen.

Und ohne Wind- und Sonnenstrom? Da müssten wir bis 2050 »mit verdoppelten Kosten unseres Energiesystems rechnen«, sagt Professor Eicke Weber, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE). »Außerdem kämen noch die unkalkulierbaren Folgekosten des verstärkten Klimawandels dazu.« Ganz zu

schweigen von den äußeren Lebensbedingungen, mit denen unsere Kinder und Enkel dann wohl zurechtkommen müssten.

→ Dem marktwirtschaftlichen Verursacherprinzip wird unser Strompreis heute nicht gerecht. Sonst wäre die Kilowattstunde aus fossil-atomarer Produktion rund ein Drittel teurer und Ökostrom nahezu wettbewerbsfähig. Doch auch die schlichte Logik müsste uns sagen, dass die fossilen Ressourcen der Erde endlich sind, erst recht bei steigendem Verbrauch. Für eine gesicherte Versorgung sind Wind und Sonne daher unverzichtbar. Ihre Energie ist nicht nur kostenlos, sondern auch unendlich vorhanden. Sie zu nutzen macht deshalb doppelt Sinn: ökonomisch und ökologisch.

Wir informieren Sie gern!

www.energiekontor.de
Service-Telefon
0800 3304555
kostenfrei

Impressum

Windforum ist der Newsletter der Energiekontor AG
Herausgeberin: Energiekontor AG,
Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
Telefon +49 421 3304-0, Telefax +49 421 3304-444
info@energiekontor.de, www.energiekontor.de
Gestaltung: bäuerlegestaltung
Am Wall 174, 28195 Bremen, Telefon +49 421 76581
cb@baeuerlegestaltung.de

Stand: 2/2014